



Immer wieder Steglitz - und die Erinnerung

von Christiane Hoss

Vor zwei Jahren machte die Bezirksvertreterversammlung des Stadtbezirks Berlin-Steglitz von sich reden, als sie die „Spiegelwand“, ein Mahnmal für die aus Steglitz deportierten und ermordeten Juden, ablehnte. Steglitz, im schönen Südwesten von Berlin gelegen, eine gutbürgerliche Wohngegend, wählt selbstverständlich mehrheitlich CDU, in der vorigen Bezirksvertretung gab es auch die rechtsextremen „Republikaner“. So fand sich eine Mehrheit für die Ablehnung des Gedenkzeichens auf dem Hermann-Ehlers-Platz, einer spiegelnden Metallwand, in die Namen und die Steglitzer Adressen der Ermordeten und einige Fotos aus dem Leben vor der Verfolgung eingebrannt sind. Die Wand sei zu groß, sie störe, wurde argumentiert und darüber gestritten, wie viele Meter denn als Erinnerung an den Massenmord angemessen seien. Schließlich zog, von dem Niveau der Diskussion entnervt, der damalige Bausenator Nagel die Sache an sich und das Mahnmal konnte im Gedenkjahr 1995 aufgestellt werden.

Im gleichen Jahr 1994, am 17. März, empfahl die vom Senator für Verkehr und Betriebe berufene „Unabhängige Kommission zur Umbenennung von Straßen“ die Rückbenennung von vier Straßen und die Neubenennung von sieben Straßen: „Die Kommission hat sich [...] auf Vorschläge zur Benennung von Straßen und Plätzen in der historischen Mitte der Bundeshauptstadt Berlin beschränkt. Einige Mitglieder plädieren jedoch nachdrücklich dafür, die in der Präambel dargelegten Grundsätze in allen Bezirken, auch im Westen Berlins, bei der Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen zugrunde zu legen.“ In der Präambel hieß es u.a.: „Die Kommission ist von dem Grundsatz ausgegangen, daß die zweite deutsche Demokratie keinen Anlaß

hat, Politikerinnen und Politiker zu ehren, die aktiv an der Zerstörung der ersten deutschen Demokratie mitgewirkt haben.“

Der Verein Aktives Museum forderte in seiner Stellungnahme zu den Umbenennungsvorschlägen „[...] die Mittel für Straßenumbenennungen dafür zu verwenden, an den bestehenden Straßenschildern Zusatztafeln anzubringen, die erläutern, wann und warum diese Straßen ihren Namen erhalten haben und gegebenenfalls wann und nach wem sie umbenannt sind. [...] Solche Zusatztafeln würden die Stadtlandschaft in ein offenes Geschichtsbuch verwandeln, in dem die Vergangenheit in ihren jeweiligen Umwertungen ablesbar wäre.“

Um die Diskussion über Straßennamen auch im Westteil von Berlin zu beleben, brachten die Vorsitzende und die Geschäftsführerin des Aktiven Museums in 5 Minuten mit Hilfe von 20 cm Metallband, zwei Schellen und 2 Schrauben ein Schild am Steglitzer Hindenburgdamm an. So heißt seit 1914 ein Straßenzug, der vorher so harmlose Namen wie Chausseestraße und Lichterfelder Chaussee gehabt hatte. Der Text des Straßennamen-Ergänzungsschildes war:

Paul von Hindenburg und Beneckendorff, 2.10.1847 - 2.8.1934, Generalfeldmarschall und Reichspräsident. Siegte 1914 bei Tannenberg über nach Ostpreußen eingedrungene russische Armeen und wurde Chef der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg. 1925 zum Reichspräsidenten gewählt. Er verantwortete die Entmachtung des Parlaments durch Notverordnungen. 1933 ernannte er Adolf Hitler zum Reichskanzler und setzte nach dem Reichstagsbrand die Grundrechte der Verfassung außer Kraft. Mit dem Hindenburgdamm wird die Erinnerung an einen Zerstörer der ersten deutschen Demokratie im Berliner

Stadtbild bewahrt. 27. April 1994, Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e. V.

Ohne das Aktive Museum zur Beseitigung des Schildes aufzufordern, nahm das Tiefbauamt des Bezirks Steglitz es bereits am nächsten Tag ab. Begründung: Unerlaubter Eingriff in den öffentlichen Straßenraum. Die Aufwendungen für 1 Stunde Baufacharbeiter, DM 18,67, 1 Stunde Baufachwerker, DM 16,72, 1 Stunde LKW, DM 52,18, nebst 77% Gemeinkosten, insgesamt DM 114,82 wurden dem Aktiven Museum in Rechnung gestellt. In dem Bescheid des Steglitzer Tiefbauamts über diese Kosten wurde die Entfernung des Schildes als „Aktion gegen Straßenumbenennungen“ bezeichnet. Da das Aktive Museum den Hindenburgdamm nicht umbenannt, sondern nur über den Namenspatron informiert hatte, hielt es die Rechnung für ungerechtfertigt. Der Widerspruch gegen diesen Bescheid führte zu einer Klage beim Verwaltungsgericht, die noch nicht entschieden ist. Die Klage beruft sich darauf, daß die Benennung nach Paul von Hindenburg gegen die Verwaltungsvorschriften zur Änderung der Ausführungsvorschriften zu § 5 des Berliner Straßengesetzes vom 16.8.1991 verstößt. Danach müssen Straßen umbenannt werden, die nach aktiven Gegnern der Demokratie und geistig-politischen Wegbereitern und Verfechtern der nationalsozialistischen Ideologie und Gewaltherrschaft benannt sind. Das Aktive Museum hat mit seinem Schild auf das Untätigbleiben der Behörden in dieser Angelegenheit hingewiesen.

Daß Reichspräsident Hindenburg ein Wegbereiter der nationalsozialistischen Diktatur war und so nach den Berliner Vorschriften keine Straße nach ihm benannt sein darf, hat sich bis Steglitz noch nicht herumgesprochen. Vielleicht weiß man dort noch nichts vom Reichspräsidenten und vom „Tag von Potsdam“. Vielleicht ist man 1914



stehengeblieben und denkt bei Hindenburg nur an den Sieger von Tannenberg.

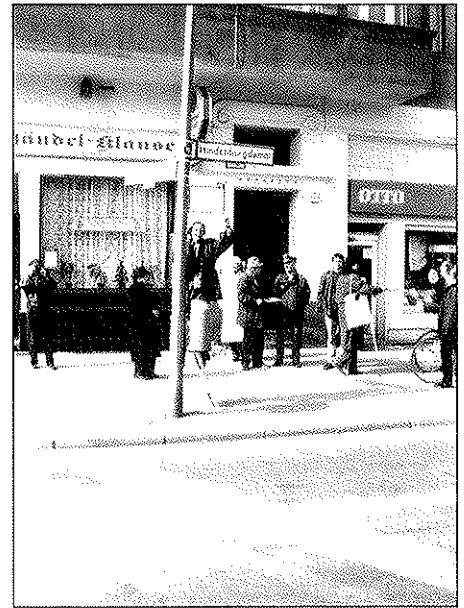
Wie vor zwei Jahren wurden die Steglitzer auch am 21. März 1996 durch die Anbringung eines Schildes am Hindenburgdamm an Hindenburgs Taten aus der Zeit nach 1914 erinnert. Das Aktive Museum wollte aber nicht noch einmal dem Bezirk Steglitz zumuten, ein Schild aus Spanplatte und Folie, 30 x 40 x 1,2 cm groß, von einem Baufacharbeiter und einem Baufachwerker abmontieren und mit einem Lastwagen zum Tiefbauamt fahren zu müssen. Es wurde von Mitgliedern des Vereins nach dem Ende der Aktion wieder entfernt und dem Bezirk Steglitz geschenkt.

Auch die Bezirksverordneten werden nun über die Aktionen ihres Tiefbauamts diskutieren und über einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen, der die Zurücknahme des Kostenbescheids von 1994 und die Aufklärung der Bevölkerung



Anbringung der Tafel am Hindenburgdamm durch die Kreisvorsitzende Dr. Christine Fischer-Defoy.
Fotos: Georg Armbrüster / Archiv Aktives Museum e.V..

fordert. Es ist unwahrscheinlich, daß er angenommen wird. Die Mehrheitsverhältnisse in Steglitz sind nicht so.



(Christiane Hoss ist Geschäftsführerin des Aktiven Museums e.V..)

Ein kleiner Anfang ist gemacht: Gedenkstättenförderung im Land Baden- Württemberg nun amtlich

von Silvester Lechner

„Dieses Treffen hat eine neue Qualität. Unsere Arbeit ist verbindlicher geworden und - bei aller Skepsis - ein klein wenig etablierter.“ Mit diesen Worten eröffnete der Sprecherrat der „Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg“ (LAG Gedenkstätten) die fünfte LAG-Tagung.

Sie fand am Wochenende 20./21. April 1996 in der Evangelischen Akademie Bad

Boll mit fast 40 Teilnehmern aus 20 Initiativen statt. Zehn Initiativen hatten sich entschuldigen lassen.

Worauf der Sprecherrat anspielte, war folgender Umstand: Nach vier vorausgegangenen Landestagungen und nach Monaten heftigsten Bemühens hatten sich schließlich noch im Dezember 1995 die Fraktionsvorsitzenden der damaligen großen Koalition im Landtag darauf geeinigt, für Gedenkstättenförderung im Jahr 1996 150.000,- DM aus dem Haushalt bereitzustellen und überdies die Förderung zu

einem festen Haushaltstitel zu machen. Angesichts der Haushaltslage des Landes war diese Entscheidung einerseits eine Überraschung, andererseits war sie im Hinblick auf die vielen wohlmeinenden (Fenster-) Reden zur „Notwendigkeit des Gedenkens“ im Mai 1995 nun doch eine moralische Verpflichtung.

„Es war allerhöchste Zeit“, „für vieles ist es zu spät“, „die Summe ist zum sterben zu viel und zum leben zu wenig“, waren einige Meinungsäußerungen am Rande der Tagung.